

Nein zum Tiefseebergbau im Südpazifik



Auf einem von *Brot für die Welt* (BfdW) und der Partnerorganisation *Bismarck Ramu Group* (BRG) veranstaltetem Workshop in Madang/Papua-Neuguinea wurden die Ergebnisse zweier in Auftrag gegebener Studien zu den möglichen Folgen des Tiefseebergbaus in der Region vorgestellt. Nach den ersten Versuchen in den späten 1970er Jahren gab es für lange Zeit keine ernsthaften Anstrengungen mehr, Tiefseebergbau zu betreiben. In den letzten zehn Jahren hat jedoch ein regelrechtes Wettrennen um die unterseeischen Vorkommen eingesetzt und Dutzende von Lizenzen sind mittlerweile von den pazifischen Inselstaaten an Konzerne vergeben worden, die neue Tiefseebergbau-Projekte planen.

Dieser Blickpunkt zeigt die Auswirkungen von Tiefseebergbau im Pazifik auf sowie die Versuche, diese zu stoppen.

Autor: Francisco J. Mari, BfdW

Informationen zum Autor: Francisco J. Marí

Seit 2009 Projektreferent für Lobby- und Anwaltschaftsarbeit in den Bereichen Agrarhandel und Fischerei bei Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst mit den Schwerpunkten Welthandelsorganisation (WTO), Handelsabkommen EU-Afrika und EU-Fischereiabkommen.

Nach Studium der Rechtswissenschaften und Sozialpsychologie in Frankfurt/Main und Berlin verschiedene Tätigkeiten im Beratungs- und Fortbildungsbereich. Dann mehrjährige Auslandsaufenthalte als Projektmanager u.a. vier Jahre bei einer landwirtschaftlichen Beratungsorganisation in Kamerun, später selbstständiger Studienleiter von Untersuchungen zu Handelswirkungen auf Entwicklungsländer in der Handelsschifffahrt, in der Textilwirtschaft und im Agrarhandel. Anschließend Leitung der Kampagne „Keine chicken schicken-EU - Fleischexporte nach Westafrika“ beim Evangelischen Entwicklungsdienst.

Buchveröffentlichungen: „Das Globale Huhn“ (2008), „The Future of Food“ (Hrsg. 2013), „Die Zitadelle“ (Co-Autor, 2014), „Gutes Essen–Arme Erzeuger“ (2016)

Hinweis: Für den Inhalt zeichnet allein der Autor verantwortlich.

Das **Urheberrecht** des Textes liegt beim Autor. Beiträge von Autoren geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Weitere Informationen und Redaktion:

Pazifik-Informationsstelle
Steffi Kornder
Hauptstr. 2
91564 Neuendettelsau
Tel.: 09874/91220
info@pazifik-infostelle.org
www.Pazifik-Infostelle.org



Die **Pazifik-Infostelle** ist eine Einrichtung mit dem Auftrag, die deutsche Öffentlichkeit über den Pazifik zu informieren. Dies geschieht mit regelmäßig und unregelmäßig erscheinenden Publikationen, einer großen Auswahl an verleihbaren Medien sowie käuflichen und digitalen Veröffentlichungen, Wanderausstellungen (z.B. zum Klimawandel oder Bergbau) und Vorträgen sowie Informationsständen bei Veranstaltungen.

Einführung

Allein die kanadische Firma *Nautilus Minerals* hat sich in Papua-Neuguinea 14 Abbaulizenzen gesichert. Sie steht mit dem Projekt Solwara 1 kurz davor, den weltweit ersten kommerziellen Abbau von Erzen in der Tiefsee durchzuführen. Dagegen erhebt sich seit Jahren Widerstand in Papua-Neuguinea, aber auch auf anderen Südseeinseln. Die Bevölkerung will verhindern, dass ihre Inselwelt erneut zum Testgebiet für eine zerstörerische Technologie gemacht wird. Die Erfahrungen mit den 50 Jahre andauernden unzähligen Atombombenversuchen von 1946 bis 1995 im Südpazifik haben ein gemeinsames Trauma der Pazifikbewohner geschaffen und sie hinsichtlich der Auswirkungen fremdbestimmter Großprojekte politisch sensibilisiert.

Denn das Wissen um die ökologischen Folgen des Bergbaus in der Bismarcksee ist absolut unzureichend, das belegen die vorgelegten Studien eindeutig. Dementsprechend sind auch die sozialen Folgen, die durch massive Störungen der Fischerei, des Tourismus oder eine Verschmutzung der Meere eintreten können, nicht realistisch einschätzbar. Die Antwort der Teilnehmenden des Workshops auf dieses unverantwortlichen Vorgehen von Regierungen und Konzernen war klar und eindeutig: Stopp und Nein zum Tiefseebergbau!

Als die Regierung von Papua-Neuguinea im Jahr 2008 Teilhaber des Nautilus-Projektes Solwara 1 wurde und 2014 die letzten Vertragsstreitigkeiten beigelegt wurden, war klar, dass der weltweit erste Abbau von Mineralien in der Tiefsee tatsächlich bald Realität werden könnte. Dabei gibt es in Papua-Neuguinea bis heute keine Gesetzgebung für den Tiefseebergbau in den eigenen Seegebieten. Auch die *Internationale Seebodenbehörde (ISA)*, die die Ressourcen des Meeresbodens jenseits der nationalen Wirtschaftszonen auf Grundlage des Seerechtsübereinkommens im Sinne eines gemeinsamen Erbes der Menschheit beaufsichtigt, hat sich bisher nicht auf Kriterien für den Bergbau am Meeresboden einigen können. Diese Situation machen sich nun die Konzerne zu eigen, um die ISA zu umgehen und um Fakten zu schaffen, bevor ernsthafte Vorschriften und Verfahrensweisen ihren Zugang zu den Schätzen des Meeres regulieren könnten. Die Regierungen der Inselstaaten im Südpazifik, besonders die von Papua Neuguinea, sehen darin eine Entwicklungschance im Rahmen der „Blue Economy“ und sind deshalb ebenfalls bereit hohe Risiken einzugehen. Eine besondere Rolle spielen bei dieser Dynamik die Patentrechte an den Technologien, die für den ersten Tiefseeabbau der Welt entwickelt und später dann profitabel vermarktet werden sollen. Daran wäre Papua Neuguinea beteiligt.

Lizenzvergabe unter falscher Gesetzgebung

Die Lizenzvergabe für Solwara 1 und die anderen Lizenzgebiete in den Gewässern Papua-Neuguineas an die Firma Nautilus auf Grundlage der Kriterien des Bergbaugesetzes an Land verdeutlicht diese Risikobereitschaft und das übereilte Vorgehen. Diese Entscheidung hatte bereits 2008 Tausende von BewohnerInnen an der Bismarcksee, in der fast alle diese Lizenzgebiete liegen, zu öffentlichen Protesten mobilisiert. Im gesamten Land haben die Menschen die negativen Auswirkungen des Bergbaus für ihren Lebensalltag vor Augen. Seit Beginn der Proteste wird die Regierung Papua-Neuguineas deshalb immer wieder aufgefordert, die Verträge mit Nautilus zu kündigen und sich aus dem Unternehmen Solwara 1 zurückzuziehen. Die Geschichte dieses Widerstandes wurde eindrucksvoll von John Silo, einem der langjährigen Aktivisten, auf dem Workshop vorgestellt. Um eine Ausweitung des Widerstands und eine schlechte Öffentlichkeit zu umgehen, gab Nautilus schließlich seine ersten Pläne im Seegebiet vor Madang auf und wechselte innerhalb des Landes den Standort an die weniger besiedelte Küste der Insel von Neuirland. Aber auch dort erwarten sie kritische BewohnerInnen. Die katholische und die protestantische Kirche werden zu ihren Verbündeten. Kirchenvertreter warten allerdings seit zwei Jahren vergeblich darauf, dass ein gemeinsamer Brief der lutherischen Kirche von Papua-Neuguinea an die Regierung beantwortet wird. Sie verlangen darin, die Bevölkerung detailliert über die erwarteten Wirkungen des Tiefseebergbaus zu informieren und sie bei allen Entscheidungen zu beteiligen.

Bergbaukonzern Nautilus wirbt mit Latrinen um Inselbewohner

Dem ersten Abbauprojekt Solwara 1 am nächsten lebt die Bevölkerung der Insel Neuirland. Nautilus ist sich bewusst, dass sie nur schwer gegen den Widerstand an Land das Projekt in der See durchziehen können. Das wird auch öffentlich auf der Webseite eingestanden. Daher hat das kanadische Unternehmen ein Küstengebiet bestimmt, das „freiwillige“ Leistungen der Firma empfangen soll. Nicht nur das Gebiet auch den Schwerpunkt dieser Leistungen hat Nautilus selber ausgewählt. Das Unternehmen will die Hygieneverhältnisse durch den Bau von Latrinen in den Fischerdörfern verbessern. Niemand hat sie darum gebeten, der Bevölkerung lieferte das Vorhaben indessen einen guten Kampfslogan: „Wir brauchen keine Latrinen – sondern unsere See für den Fischfang“. Es gibt auch deftigere Parolen in Bezug auf dieses Vorhaben.

Die Leistungen von Nautilus werden im Rahmen eines Programms der Corporate Social Responsibility (CSR) als freiwillig bezeichnet, weil Firma und Regierung behaupten, dass Solwara 1 in keiner Weise einen negativen Einfluss auf das Leben der Menschen in der Bismarcksee haben könne. Schließlich fände der Bergbau in 1.600 Metern Tiefe statt, und das über 200 Meter lange Förderschiff, welches die abgebauten Mineralien aufnähme, würde direkt von Transportschiffen angefahren werden, die die Erze übernähmen und zum Verhütten nach China brächten. An Land passiere also gar nichts, so Nautilus. Diese Logik folgt der Argumentation aller Befürworter des Tiefseebergbaus (TSB) aus Politik, Wissenschaft und Unternehmen. So heißt es auch in Deutschland: TSB sei eine prima Alternative zum Bergbau an Land. NROs und die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten werden mit zynischen

Argumenten geködert: in der Tiefsee müsste man keine Menschen vertreiben, also keine Menschenrechte verletzen, käme ohne Sklavenarbeit aus, würde kein Land rauben oder Trinkwasser verseuchen. Tiefseebergbau als moderne, klinisch saubere Methode, sich Rohstoffe anzueignen, mit tollen Unterwasserfahrzeugen und ohne Menschenrechtsverletzungen – Bergbau 2.0 mit Joystick und Bildschirm.

Alles wird gut– das Beruhigungsdreieck aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft

So stellen es gerne die Investoren dar, die hinter Nautilus stecken, genauso wie Regierungen im Pazifik und viele andere, so auch in Deutschland, die in den Startlöchern sitzen und vom großen Boom träumen, der mit Solwara 1 einsetzen soll. So beschrieb auf dem Workshop die deutsche NRO *Fair Oceans*, wie Unternehmen und wissenschaftliche Institute von der Bundesregierung und der Europäischen Union (EU) erhebliche Finanzmittel einfordern, mit dem Argument, dass Europa aktiv an den technologischen Fortschritten und dem damit einhergehenden neuen Wachstumsmarkt für Tiefseetechnologien beteiligt sein muss. Hierbei kommt es zu einer engen Verzahnung von Tiefseebergbau und -forschung, da die Förderprogramme beide Bereiche miteinander koppeln, wobei eine dringend notwendige unabhängige Grundlagenforschung zu kurz kommt.

Doch die Menschen in Papua Neuguinea wie auch im ganzen Südpazifik glauben nicht an die Versprechungen von Investoren und einer Gefälligkeitswissenschaft, deren Projekte in Anspielung auf die Sprache von Regierung, Wirtschaft und Entwicklungsgebern „Development“ genannt werden – und das ist im Pazifik ein negatives Etikett! Wissenschaftliche Erklärungen werden hier nicht als ein Versprechen verstanden, sondern vielmehr als eine Drohung angesehen. Die Mär von den Jodtabletten, die die Wissenschaftler während der Atombombenversuche als Schutz vor gesundheitlichen Schäden verteilten und die doch nicht gegen die bis heute vererbten Krankheiten halfen, wird von Generation zu Generation auf den pazifischen Inseln weiter erzählt. Ebenso unglaublich erscheint im Pazifik die aktuelle Erzählung, dass die von den Industriestaaten verursachte Klimakatastrophe, die ihre Inseln im Meer versinken lässt, mit Hilfe von Entwicklungshilfe und Kompensationen repariert werden kann. Die Südsee darf nie wieder zum Testgelände westlicher Fantasien und ihrer Experimente werden; das war die einhellige Meinung derer, die am Workshop teilgenommen haben. Dieser rücksichtslosen Praxis wird eine pazifische Formel der Entwicklung gegenübergestellt: Rethinking – das Infragestellen des kapitalistischen Entwicklungsmodells, aufbauend auf der Ausbeutung von Mensch und Natur, abhängig von immer mehr Rohstoffen und Technologien.

Der flüssige Kontinent

Zudem ignorieren das Unternehmen Nautilus Minerals wie auch die in Deutschland von Wissenschaft und Unternehmen angestregten Debatten zumeist, dass anders als in den Ländern der Investoren die Menschen im Pazifik in ihrem Bewusstsein nicht das Land vom Meer abtrennen. Für sie ist der Ozean ihr gemeinsamer und einander verbindender Raum. So wie das Land Gemeinschaftsland ist und keine Besitzer hat, so gehört auch das Meer allen. Die Menschen verstehen sich dort als Nutzer eines Gemeinguts, wie man bei uns sagen würde, und bezeichnen den Südpazifik als ihren „flüssigen Kontinent“. Ein Gemeingut, an dem ihre Gemeinschaften traditionelle Rechte haben, das sie von jeher verwalten und an dessen Umgestaltung sie deshalb zu beteiligen sind.

Zum Meer gehört für sie – auch das wurde auf dem Workshop deutlich – eben oder gerade auch der Seeboden. Aus diesem Verständnis heraus leiten die BewohnerInnen der Bismarcksee ab, dass ohne ihre Zustimmung gar nichts geht, auch kein Tiefseebergbau.

Die am zweiten Tag in Madang vorgestellte Studie, erstellt von der australischen Expertin und Kampagnenkoordinatorin Helen Rosenbaum und der Journalistin Rosa Koian aus PNG, verdeutlichte noch einmal, dass auch die Verfassung des Landes der Bevölkerung absolute Nutzungsrechte auf Land, ebenso wie auf Flüsse, Seen und das Meeresgebiet zugesteht, und zwar wortwörtlich auch auf den Boden dieser Naturflächen:

"custom may be taken into account in relation to . . . the ownership by custom of rights in, over or in connection with the sea or a reef; or in or on the bed of the sea or of a river or lake, including rights of fishing; or the ownership by custom of water, or of rights in, over or to water" (see National Assembly of Papua New Guinea, 1975)

Das entsprechende Verständnis zeigen auch fast alle Interviews, die im Anhang der Studie von Rosenbaum und Koian dokumentiert sind.

Regierung und Nautilus haben, so analysiert die Studie weiter, von Anbeginn die UN-Deklaration über die Rechte indigener Bevölkerung (UNDRIP) verletzt. Vor allem das darin definierte Prinzip, dass im Falle von Projekten, die ihre Rechte an Land, Wald oder See berühren, im Voraus ein Konsens mit der indigenen Bevölkerung erzielt werden muss (FPIC), anstatt ihnen ein solches Projekt vor die Nase zu setzen. Das Solwara 1 Schiff wird nur 30 Kilometer vor der Küste von Neuirland seine Bergbautätigkeit starten. Die Studie beschreibt nicht nur eine allgemeine und grundsätzliche Ablehnung durch die Bevölkerung, sondern zugleich auch wissenschaftliche Bedenken und daraus erwachsende überaus konkrete Sorgen über die möglichen ökologischen und ökonomischen Risiken der unerprobten Verfahren.

Die größten Thunfischbestände der Welt in Gefahr

Die Bismarcksee ist eines der Meere mit den größten Thunfischvorkommen der Welt. Fangschiffe aus der ganzen Welt fischen dort die Sorten Skipjack und Gelber Thunfisch. Ein Großteil davon beliefert die Fabriken in den Städten Lae und Madang und ermöglicht dort Vollzeitbeschäftigung für etwa 15.000 Menschen. Daneben verdienen zusätzlich Tausende von KleinfischerInnen ihren Lebensunterhalt mit dem Fischfang in der Bismarcksee und versorgen die Bevölkerung so mit lebenswichtigen tierischen Proteinen. Da Tierzucht in dieser Region kaum betrieben wird, sind Fische und Meeresfrüchte die zentrale Proteinquelle schlechthin und nehmen eine Schlüsselposition in der Ernährungssicherung ein.

Das Unternehmen Nautilus sieht keinerlei Zusammenhang zwischen dem Fischfang und dem Bergbau in der Tiefsee. Doch die Gefahren sind nicht bestreitbar. Angefangen bei dem andauernd hohen Lärmpegel im gesamten Wasserkörper, den die ununterbrochenen Förderprozesse mit sich bringen werden, bis hin zu den Folgen, die das Wiedereinbringen des Abraums und des dazugehörigen Abwassers aus dem Förder- und Reinigungsprozess in der Nähe des Meeresbodens befürchten lassen. Meeresströmungen werden die mit Kleinstpartikeln aus den abgebauten Metallerzen angereicherten Sedimentwolken in der Meeresregion verteilen. Zu befürchten ist, dass diese verschmutzten Sedimentwolken in Auftriebsgebieten oder durch die Nahrungsnetze an die Meeresoberfläche gelangen und dort die Ökosysteme mit ihren Speisefischen und letztlich die Menschen schädigen, in denen sich diese Fremdstoffe anreichern könnten. Ebenfalls darf nicht vernachlässigt werden, wie diese Sedimentwolken und die direkten Auswirkungen des Mineralienabbaus die sie umgebenden und ökologisch weitgehend unbekanntes Tiefsee-Biotop beeinträchtigen. Ganz grundsätzlich beginnt jeder Abbau in der Tiefsee, unabhängig von allen Folgewirkungen, zunächst einmal jedoch mit der unmittelbaren und umfassenden Zerstörung des jeweiligen Biotops, in dem er betrieben wird und beinhaltet das Risiko, die Artenvielfalt und die Stabilität von marinen Ökosystemen zu gefährden. Da selbst elementare Daten zur Ökologie der Tiefsee bisher nur bruchstückhaft vorliegen würden, wird diese Entwicklung anfangs vielleicht nicht einmal bemerkt werden und im Schutz der Dunkelheit könnte aufgrund einer lückenhaften wissenschaftlichen Überwachung und unzureichender staatlicher Kontrollen eine der größten Umweltzerstörungen ihren Lauf nehmen – bis nur noch festzustellen bleibt, dass leider nicht aus altbekannten Fehlern gelernt wurde.

Alle diese kritischen Fragen werden ungeklärt bleiben, bis das Projekt gestartet worden ist und die Praxis die Auswirkungen des Tiefseebergbaus offenbaren wird. Weder Nautilus Minerals noch die Regierung sehen sich gezwungen, unabhängige ökologische Vorabstudien zu machen oder angemessene Sicherheitssysteme einzuführen, die auch soziale und ökonomische Folgen berücksichtigen. Ob ausreichende finanzielle Rücklagen zur Versicherung möglicher Unfälle gebildet werden, bleibt ebenfalls offen, genauso wie Strategien für den Rückbau oder den Ausgleich der Eingriffe in die Ökosysteme der Tiefsee. Dies widerspricht eindeutig einem Gutachten des Internationalen Seegerichtshof in Hamburg zu den Verantwortlichkeiten und der Aufsichtspflicht bei der Lizenzvergabe in Ausschließlichen Wirtschaftszonen (AWZ), also dem Teil der Meere, der den Staaten zur Verwaltung übergeben worden ist (200 Seemeilen Zone). Die zynische Antwort von Nautilus und der Regie-

rung auf diesen Umstand lautet, den Bergbau als experimentellen Abbau zu deklarieren. Erst nach Projektbeginn sollen die Auswirkungen beobachtet und gegebenenfalls Korrekturen vorgenommen werden. Inwiefern die Folgen des Tiefseebergbaus dann noch rückholbar sein werden, bleibt dahingestellt und dem Zufall überlassen. Hier sind wir bei einer der fundamentalen Kritiken, die von allen Teilnehmenden des Workshops geteilt wurde. Ein solches Vorgehen verletzt das Vorsorgeprinzip, dem sich alle Staaten bei Unterzeichnung des Seerechtsübereinkommens verpflichtet haben. Die Staaten besitzen die Ozeane nicht, sie verwalten lediglich ihre 200 Seemeilen weit reichenden AWZs und das auch nur unter der Bedingung, dass sie deren ökologischen Erhalt nachhaltig sichern.

Erst probieren und dann reparieren – das US-Prinzip der „Vorsorge“ – kann zu genau den Folgen führen, wie wir sie am Golf von Mexiko mit der Katastrophe um die Ölplattform Deepwater Horizon erlebt haben. Solange nichts passiert, ist alles gut; wenn etwas passiert, werden die Geschädigten mit Milliarden entschädigt. Die zerstörte Natur und manchmal auch die toten Menschen haben nur nichts mehr davon. Papua-Neuguinea hätte bei einer vergleichbaren Katastrophe nicht die technischen oder finanziellen Mittel, diese zu bewältigen. Würden zudem die privaten Geschäftspartner Konkurs anmelden und wegfallen, müsste die Regierung allein für eventuelle Schäden aufkommen und mögliche Gläubiger entschädigen.

Papua-Neuguinea ist kein Einzelfall. Das wurde durch die zweite Studie bestätigt, die der Jurist Julian Aguon von Blue Oceans Law und Maureen Penjueli von der BfdW-Partnerorganisation *PANG* in Suva/Fidschi erstellt haben. Dabei hatten beide sich zunächst mit einem Projekt mit einer politisch fragwürdigen Stoßrichtung beschäftigt, das von der EU mit Entwicklungsgeldern finanziert wurde. Das so genannte *SPC-EU Deep Sea Minerals Project* hat in einem mehrjährigen Prozess versucht, in jedem pazifischen Inselstaat eine Gesetzgebung für den Tiefseebergbau zu formulieren. Dazu entwickelte man zunächst einen allgemeinen Rahmenvorschlag, der in nationalen Beratungsprozessen in den beteiligten Ländern angepasst wurde. Julian und Maureen zeigten die Schwächen des Projekts auf, insbesondere in Hinsicht auf die menschenrechtlichen Aspekte und deren mangelnde Verankerung in den Gesetzgebungen. Zudem konnten sie auch hier, im Rahmen dieser speziellen Gesetze zum Tiefseebergbau, Leerstellen und offene Fragen in Bezug auf das Vorsorgeprinzip ausmachen. Der erste Teil der Studie war mit viel Aufmerksamkeit im Vorfeld des Workshops der Presse in Suva/Fidschi vorgestellt worden. Im zweiten Teil werden einzelne Gesetzentwürfe aus verschiedenen Staaten, wie dem Königreich Tonga, den Cook Inseln oder Fidschi analysiert.

Solwara 1 - Symbol des Widerstandes für den ganzen Pazifik

Der Workshop versuchte letztlich aus den beiden Studien diejenigen Elemente herauszuziehen, die nach Meinung der teilnehmenden Gruppen zu einer effektiven Lobbystrategie führen. Nach verschiedenen Gruppendiskussionen wurden die Einzelstrategien präsentiert und im weiteren Verlauf abgestimmt. Dabei zeigte sich, dass insbesondere die Lobbypolitik rund um Solwara 1 für die anwesenden deutschen NROs, Fair Oceans und Misereor, aber auch für BfdW eine große Herausforderung darstellt. Die Hauptlast des Widerstandes wird aufgrund der fortgeschrittenen Projektentwicklung (2018 soll der Bergbau beginnen) bei den Menschen in Papua-Neuguinea und in der Bismarcksee liegen. Aktuell bieten sich nur wenige Möglichkeiten an, um auf EU- oder internationaler Ebene Druck auf das Unternehmen oder die Regierung Papua-Neuguineas auszuüben. Nichtsdestotrotz versprachen die anwesenden deutschen Organisationen, so auch Klaus Schilder vom katholischen Hilfswerk Misereor, die möglichen Folgen von Solwara 1 in die internationalen Debatten um den Tiefseebergbau einzubringen und es zu einem zentralen Bezugspunkt für den Widerstand zu machen. Mit der Perspektive darauf hinzuwirken, Zeit zu gewinnen oder vielleicht in einem weiteren Schritt ein Moratorium zu erreichen. Allen Teilnehmenden war klar, dass das Projekt Solwara 1 eine Signalwirkung haben wird und ihm wahrscheinlich Dutzend weitere im ganzen Südpazifik und letztlich weltweit folgen werden. Solwara 1 zu stoppen, hat deshalb eine ausschlaggebende Bedeutung für die gesamte weitere Entwicklung.

Dies ist unter anderem der Grund, warum der Pazifische Rat der Kirchen, dem auch die katholische Kirche angehört, sich deutlich gegen Tiefseebergbau ausgesprochen hat und den regionalen Widerstand gegen Solwara 1 unterstützt. Auf den zum Teil verhältnismäßig gering bevölkerten Inseln verfügen die Kirchen über die einzigen Strukturen, um die Bevölkerung umfassend zu informieren und Proteste zu organisieren. So berichtete eine Vertreterin der Kirchenjugend von der Insel Karkar, wie sie es geschafft haben, eine große Mehrheit der 19.000 Kirchenmitglieder dafür zu gewinnen, eine Petition gegen den Tiefseebergbau an den Gouverneur zu schicken. Viele AktivistInnen und GegnerInnen sind aktiv in ihren Kirchengemeinden und klären in oder nach den Gottesdiensten die Menschen auf. Das betonten auch die NRO-VertreterInnen aus Vanuatu, Fidschi und den Salomonen und vereinbarten sich zu einem regionalen Netzwerk zusammenzuschließen.

Am letzten Tag des Workshops waren AktivistInnen von verschiedenen Inseln der Bismarcksee anwesend, um ihre aktuellen Strategien vor Ort darzulegen. Der Tag wurde zu einem Beispiel klarer zivilgesellschaftlicher Analyse und zeigte die Einbettung des Kampfes gegen Solwara 1 in die allgemeine Bewegung der Menschen in Papua-Neuguinea für mehr Demokratie, Transparenz und Partizipation.

Solwara 1 wird mehr und mehr zum Symbol des Widerstandes gegen eine „Entwicklung“, die nur auf die „Wachstumsmodelle“ der industriellen Staaten setzt. Wie beschrieben lehnen viele Menschen in Papua-Neuguinea Modelle von Entwicklung und Wachstum ab, die unseren westlichen Mustern folgen. Die Menschen dort wollen ihre kulturelle und ihre ökonomische Lebenswelt erhalten und sich in ihrem eigenen Tempo neu ausrichten, wenn sie es für nötig halten. Alle Erfahrungen mit bisherigen Bergbauprojekten an Land sind durchweg negativ. Die Menschen, denen

diese Großprojekte außer Entschädigungszahlungen vor allem Umweltverschmutzung, Krankheiten, Hunger und andere zivilisatorische Errungenschaften gebracht haben, gehören heute zu den Ärmsten im Inselstaat, obwohl ihnen etwas völlig anderes versprochen wurde.

Immer wieder erinnern die Diskussionen und grundsätzlichen Fragestellungen auf dem Workshop an Bewegungen gegen Großprojekte bei uns in Europa, die unter anderem mangelnde Transparenz und Partizipation bei der Umsetzung dieser Projekte kritisieren. Auch zeigen sich deutliche Parallelen zum Widerstand gegen die verheerenden Auswirkungen von Ölfunden in Afrika, wie sie sich im Nigerdelta oder im Tschad zeigten. Am Ende des Workshops war gerade den Gästen aus Europa wie auch den Teilnehmenden aus den anderen pazifischen Staaten klar: Hier geht es um mehr. Ohne grundlegende Veränderungen können in einem Staat voller Korruption und Klientelismus Projekte, wie Solwara 1, nicht nur ökologische Zerstörungen, sondern zugleich ungeheure soziale Verwerfungen mit sich bringen, ganz egal ob sie an Land oder auf See stattfinden.

Brot für die Welt, Misereor, Fair Oceans, Deepwave und andere deutsche NROs werden den Widerstand begleiten, damit die Bevölkerung, die Partnerorganisationen und Kirchen die Möglichkeit haben, ihre Entscheidungen in dieser harten Auseinandersetzung unabhängig zu treffen. Wir können nur staunen über den Mut und die Beharrlichkeit, mit so geringen Mitteln und unter so schwierigen Verhältnissen den Widerstand gegen große Konzerne und Korruption bei politischen Entscheidern im Südpazifik zu organisieren.

Dank an Kai Kaschinski von der NRO Fair Oceans für Ergänzungen und fachliche Beratung.